



Entgiftet unsere Umwelt

**Für wirksamen Umweltschutz.
Auf Kosten der Konzerne.**

DA

elli FUCHS

LEIHBÜCHEREI

Jonasstr. 29, 12053 Berlin
<http://leihbuechereiellifuchs.blogspot.de>

**Gedanken und
Vorschläge
der DKP für
einen wirksamen
UMWELTSCHUTZ**

Inhaltsverzeichnis:

Die Herren der Großindustrie zerstören unsere Umwelt	Seite 6
Die Bedrohung unseres Lebens durch Vernichtungswissenschaft und Kriegstechnik bekämpfen	Seite 8
Luft und Wasser vor Verseuchung bewahren	Seite 9
Gegen Lärmschäden in Betrieb und Verkehr	Seite 10
Mehr Erholungsgebiete für die arbeitende Bevölkerung	Seite 12
Wer soll bezahlen	Seite 12
Kompetenzen und Verantwortungen	Seite 13
Umweltschutz heute – Problem der demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft	Seite 15
Unsere Umwelt schützen – Mit der DKP gegen das Großkapital	Seite 20
Quellenangaben	Seite 31

Gedanken und Vorschläge der DKP für einen wirksamen Umweltschutz

Unsere Umwelt wird zerstört. Die Luft wird verpestet, das Wasser vergiftet. Lärm zermürbt die Nerven. Unserer Landschaft droht Vernichtung. Alle sprechen darüber, die Zeitungen sind voll davon.

Die DKP sagt, was keine andere Partei sagt:

Unsere Umwelt, unsere Lebensbedingungen werden bedroht und zerstört durch großkapitalistische Profitjagd. Die katastrophalen Folgen sind nur aufzuhalten, wenn die Arbeiterschaft die Macht des Großkapitals zurückdrängt und ihren Einfluß auf das politische und gesellschaftliche Geschehen erweitert.

Die Tatsachen, die uns heute so beunruhigen, sind das Ergebnis einer 20jährigen Regierungspolitik der CDU/CSU, die stets den Gewinn der Großkonzerne über alle Interessen der Allgemeinheit gestellt hat. Auch die jetzige SPD/FDP-Regierung in Bonn unternimmt nichts wesentliches gegen den wirklichen Zerstörer unserer Umwelt, das Großkapital. Die Maßnahmen, die diese Regierung angekündigt hat, sind wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie zielen in entscheidenden Punkten in die falsche Richtung. Sie tasten die Interessen der Großunternehmer nicht an. Sie sind darauf angelegt, die Bevölkerung und nicht die wahren Schuldigen mit den Kosten für die Eindämmung der schlimmsten Schäden zu belasten.

Aber es ist nicht der Chemiearbeiter, sondern die Konzernleitung, die eine

Abwässerreinigung sabotiert. Es ist nicht die Hausfrau, sondern die Verpackungsindustrie, die den Müllberg verursacht. Es ist nicht der Autofahrer, sondern die Profitmacherei der Auto- und Ölkonzerne, die uns die Luft auf den Straßen verpestet. Nicht die Unvernunft der Massen, sondern das Profitsystem ist schuld.

Die DKP, die marxistische Partei der Arbeiterklasse, nennt die Hauptursachen unserer Umweltgefährdung beim Namen. Nach Beratungen mit Betriebsarbeitern, Gewerkschaftern, Technikern und Wissenschaftlern unterbreitet die DKP der Öffentlichkeit Vorschläge, die realisierbar und notwendig sind, um die akute Bedrohung unseres Lebens abzuwenden.

Da die DKP die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt und keinerlei Rücksichten auf das Großkapital nimmt, enthüllt sie die wirklichen Ursachen und die wahren Schuldigen, bringt sie Klarheit in das verwirrende Durcheinander von Tatsachen, Tendenzen und Versuchen zur Ablenkung von Grundwahrheiten.

Die DKP will mit klaren Forderungen und Alternativen zum gemeinsamen Kampf gegen die Konzernmacht beitragen, die demokratischen Fortschritt um ihrer reaktionären Interessen willen verhindern will und dafür auch bereit ist, die Zerstörung unserer Umwelt in Kauf zu nehmen.

Die DKP wird, in Wahrung der öffentlichen Interessen, gegen die Verursacher der Umweltgefährdung vorgehen. Damit der Kampf erfolgreich wird, benötigen die Kommunisten dabei die Erfahrungen, die Initiative, die Aktivität der Belegschaften, ihrer Betriebsräte, ihrer Vertrauensleute, die Kenntnisse der Techniker und Wissenschaftler. So entsteht die Kraft, die Erfolge im Bemühen für einen wirksamen Umweltschutz durchsetzt.

I. Die Herren der Großindustrie zertören unsere Umwelt

Der Rhein ist Trinkwasserquelle für 25 Millionen Menschen und Europas größter Abwasserkanal zugleich. Der Strom befördert jährlich 12 Milliarden cbm Abwässer zum Meer. Sie stammen zu 90 % aus der Großindustrie: Allein die Bayerwerke bei Krefeld-Uerdingen schütten täglich soviel Abwasser in den Rhein wie eine Großstadt von 3 Millionen Einwohnern.

München und Frankfurt streiten sich um den traurigen Rekord, die Stadt mit der giftigsten Luft zu sein. Ludwigs- hafen und Rüsselheim, Standort der BASF und der Opel-Werke, haben es dahin gebracht, daß jeder dritte Kranke an Beschwerden der Atemwege leidet. In den Ruhrstädten sind Erkrankungen an Lungenkrebs sechsmal so hoch wie in den umliegenden Landkreisen. In vielen Städten hat das Blei aus den Auspuffanlagen der

Autos die Luft buchstäblich vergiftet. Schädliche Bestandteile von Waschmitteln, Düngemitteln, Schädlingsbekämpfungsmitteln dringen in das Grundwasser ein. Sie vergiften unsere Trinkwasserreservoirs. Sie befinden sich in immer stärkeren Konzentrationen in unseren Grundnahrungsmitteln.

Die weitverbreitete Unruhe in der Bevölkerung über diese gefährliche, lebensbedrohende Entwicklung hat die Bundesregierung veranlaßt, zu reagieren. Jedoch weit davon entfernt, die wahren Schuldigen beim Namen zu nennen, sie zur Verantwortung zu ziehen und zur Kostendeckung für ein wirksames Umweltschutz-Programm heranzuziehen, versucht sie der Öffentlichkeit einzureden, wir alle seien schuld an der Zerstörung der Umwelt, an der dadurch entstandenen Gefährdung des Lebens.

Der Zweck dieser Behauptung, an deren Verbreitung sich in trauter Gemeinschaft die Repräsentanten der Großindustrie und der Springer-Presse, Sprecher der CDU/CSU, der FDP und SPD beteiligen, besteht darin, die Hauptumweltverschmutzer in der schützenden Anonymität zu lassen und die arbeitende Bevölkerung mit hohen Kosten zu belasten.

20 Jahre lang haben die CDU/CSU-Regierungen im Interesse der Konzerne vorsätzlich die Gefährdung der Umwelt zugelassen. 20 Jahre lang haben sie die von Wissenschaft und Forschung längst erkannten katastrophalen Folgen totgeschwiegen, die von der Technik bereitgestellten Lösungsmöglichkeiten beiseite-

geschoben. 20 Jahre lang haben sie mit ihren Gesetzen die schrankenlose Profitmacherei der Großindustrie auf Kosten der Gesundheit von Millionen ermöglicht. 20 Jahre lang haben sie zugelassen, daß die Konzerne selbst die bestehenden unzulänglichen Gesetze ungestraft brechen konnten.

In der gleichen Linie will die Bundesregierung weitermachen. Darum erklärt Bundesinnenminister Genscher, es sei gefährlich, „allein den industriellen Störer im Auge zu haben. Durch das Konsumverhalten jedes einzelnen Bürgers werden der Umwelt nicht geringe Lasten aufgebürdet.“

Damit wird von den Schuldigen abgelenkt. Denn das Blei ist nicht im Benzin, weil der Autofahrer es so will, sondern weil es die billigste Methode ist, Benzin klopfest zu machen. Die Mineralölkonzerne beherrschen die Technik, klopfestes Benzin ohne Bleizusatz herzustellen, aber das würde ihren Profit schmälern.

Nicht der technische Fortschritt, nicht die angebliche Entfesselung der Technik sind die Ursachen für die fortschreitende Zerstörung unserer Umwelt mit ihren schrecklichen Folgen für jeden einzelnen, sondern die Tatsache, daß Technik und technischer Fortschritt in den Händen einer kleinen Gruppe nur dem einzigen Zweck dienen: Profitwachstum sichern, koste es

was es wolle!

Kennzeichnend für die Umweltschutz-Konzeption der von der SPD geführten Regierung ist, daß sie auf der einen Seite Steuervergünstigungen für die Konzerne und auf der anderen Seite Massenbelastungen durch höhere Tarife für Wasser, Abwässer und Müllbeseitigung vorsieht.

Wenn Minister und Abgeordnete der derzeitigen Bundestagsparteien, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Springer-Presse ein „Umweltbewußtsein“ fordern, dann deshalb, um die Massen darauf vorzubereiten, daß sie die Kosten tragen sollen, daß auf Kosten ihres Lebensstandards die Umweltschutz-Aufgaben bewältigt werden sollen.

Wir Kommunisten verstehen unter Umweltbewußtsein die Erkenntnis, daß die Macht der großen Konzerne – der Hauptschuldigen an der Umweltverschmutzung – eingeschränkt werden muß. Dahin führt nur ein Weg: Die arbeitende Bevölkerung steht vor der Notwendigkeit, ihre Umwelt, ihr Leben und ihre Gesundheit vor der Gewinnsucht der Herren des Großkapitals, vor Kriegstechnik und Verichtungswissenschaft zu schützen. Jedes Gesetz gegen die Umweltverschmutzung muß eindeutig gegen die wirklichen Verursacher der Gefährdung, gegen die Besitzer der Konzerne, gerichtet sein. Sie und nicht die Allgemeinheit sollen für die Beseitigung der Schäden und für den Umweltschutz zahlen.

Umweltschutz als Aufgabe der All-

gemeinheit erfordert die breiteste demokratische Mitbestimmung der Öffentlichkeit, vor allem der Organisationen der Arbeiterklasse: ihrer Gewerkschaften. Diese Aufgabe verlangt die verantwortungsvolle Mitarbeit der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz, der Ärzte, der Studenten, Assistenten und Professoren. Sie bedarf in jedem Großbetrieb, in jeder Stadt, in jedem Ballungszentrum der Kontrolle, der Initiative und Mitentscheidung der Betroffenen. Nur so ist die Einhaltung und Durchführung wirksamer antimonopolistischer Umweltschutzgesetze zu sichern.

II. Die Bedrohung unseres Lebens durch Vernichtungswissenschaft und Kriegstechnik bekämpfen.

Im Gegensatz zu den Bundestagsparteien ist die DKP der Meinung, daß zu einem wirksamen Umweltschutz nicht nur das giftfreie Trinkwasser, eine saubere Luft und ein erträglicher Geräuschpegel gehören, sondern vor allem auch Schutz des Lebens und der Umwelt vor Vernichtungswissenschaft, Kriegstechnik und Kriegspolitik.

Pro Kopf der Weltbevölkerung war schon im Jahr 1960 eine Tötungskapazität von zehn Tonnen Trinitrotoluol in den Militärarsenalen bereitgestellt; das entspricht zehn Tausendkilobomben des zweiten Weltkrieges. Inzwischen hat das

Wettrüsten der imperialistischen Länder, voran der USA, die Bedrohung der menschlichen Existenz durch Massenvernichtungsmittel auf die Spitze getrieben. Die NATO-Strategie hat im Gebiet der Bundesrepublik Vernichtungswaffen aller Art konzentriert.

Hier liegen die größten europäischen Atombombendepots der USA und die zu ihrem Einsatz bestimmten Trägersysteme, einschließlich der Raketen- und Kampfflugzeuggeschwader der Bundesluftwaffe. Hier liegen die USA-Lager mit biologischen und chemischen Vernichtungsmitteln, mit Giften zur Zerstörung pflanzlichen, tierischen und menschlichen Lebens, mit Erstickungs-, Lähmungs- und Nervengasen, mit Bakterienstämmen vom Milzbrand bis zur Pest. Hier sind schließlich die Forschungs- und Erprobungseinrichtungen westdeutscher Dienststellen, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Bundeswehr mit ihrer Spezialabteilung in Munsterlager und andere mehr stationiert.

In dieser Situation kann die erste Forderung des Schutzes der menschlichen Lebensbedingungen nur lauten:

- **Sofortige Entfernung aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Vernichtungsmittel sowie der zugehörigen Trägersysteme vom Boden der Bundesrepublik;**
- **Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages;**
- **Schluß mit den Milliardenaus-**

gaben , für Vernichtungswissenschaft und Kriegstechnik; Kontrolle der Laboratorien und Forschungsanstalten durch Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten, der Wissenschaftler und Studenten und ihrer Organisationen.

Aus den freiwerdenden Mitteln muß u.a. die völlig vernachlässigte Grundlagenforschung für Umweltschutz – bisher lächerliche elf Millionen im Jahr – auf eine leistungsfähige, nach den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientierten Grundlage gestellt werden.

III. Luft und Wasser vor der Ver- seuchung bewahren

Nach § 324 StGB ist mit Gefängnis zu bestrafen, wer Gegenstände, welche zum öffentlichen Gebrauch bestimmt sind, vergiftet. Laut Untersuchungsbericht der Weltgesundheitsorganisation ist es vor allem die Großindustrie, die unsere Umwelt durch Abgase und Abwässer verpestet. Obwohl gerade bei großindustriellen Anlagen vom wissenschaftlich-technischen Standpunkt her die günstigsten Voraussetzungen bestehen, schädigende Einflüsse auszuschalten, werden diese infolge des fehlenden gesetzlichen Zwangs nicht wahrgenommen. Im Gegenteil. Die Großunternehmen beanspruchen weiter ihre Vorrechte. Bei Abwässern gelten regionale „Einwohnergleichwerte“, die ein Industrieunternehmen mit der Gesamtzahl der Haushalte gleichstellen. Insgesamt dominiert der von den Großindustriellen gefor-

derte Grundsatz der „wirtschaftlichen Zumutbarkeit“. Damit steht der höchste Profit einiger Millionäre höher als die Gesundheit von Millionen Menschen.

Auch die Luftverschmutzung ist in erster Linie Schuld der Großindustrie und nicht der Hausbrandöfen und der Auspuffgase der Autofahrer.

Noch vor zehn Jahren produzierte z.B. ARAL bleifreies Benzin. Um den Profit zu erhöhen, ging der Konzern dazu über, sein Benzin wie die anderen Konzerne mit Blei klopfest zu machen. Die Produktion von völlig bleifreiem Benzin bei gleichbleibender Leistung ist technisch jederzeit möglich. Lediglich die riesigen Profite internationaler Konzerne wie Shell, British Petrol, Standard Oil usw. würden gemindert. Das VW-Werk liefert seit einiger Zeit die USA-Exportmodelle mit einem Spezialauspuff zum alten Preis. Man kann also die Auto-Abgase weitgehend entgiften, ohne daß der einzelne Autofahrer dafür bezahlt.

Die DKP fordert:

Verbot des Zusatzes von Bleiverbindungen in Treibstoffen. Verpflichtung der Konzerne, die notwendige Oktanzahl ohne Änderung der Verbraucherpreise zu halten.

Ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Ent- und Belüftung in Unterführungen und Tunnels.

Für die Sauberkeit von Luft und Wasser sowie für den Temperaturhaushalt der Flüsse, der vom Kühlwasser der Atom- und Großkraftwerke bedroht ist, sind exakte, von den Lebensbedingungen der Pflanzen- und Tierwelt, der Selbstreinigungskraft und vom Gesundheitsinteresse der Bevölkerung bestimmte Werte gesetzlich festzulegen. Ihre Einhaltung ist durch automatische Registriergeräte an industriellen Abgas- und Abwasseranlagen zu überwachen.

Die vorgegebenen Sauberkeits- und Temperaturwerte sind durch Einbau von Reinigungsanlagen und Filtergeräten, Kühl- und Klärbecken zu garantieren. Die Kosten tragen die Unternehmer. Ausnahmegenehmigungen sind gesetzlich zu verhindern.

Strenge Bestimmungen haben zu sichern, daß Atomkraftwerke nicht zu einer radioaktiven Gefährdung führen.

Die Arbeitsschutzgesetzgebung ist auf den neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis zu bringen. Die Betriebsarbeiter haben den ersten Anspruch auf Schutz ihrer Gesundheit.

Die Forschungsarbeiten, deren Ergebnisse der Öffentlichkeit ohne Einschränkung zugänglich gemacht werden müssen, sind darauf zu konzentrieren, Gifte aus Luft und Wasser von vornherein fernzuhalten. Unternehmensabhängige Forschung, ob innerbetrieblich oder als Auftragsforschung der Konzerne an Universitäts- und anderen staatlichen Forschungsinstituten, ist für diese Aufgabe

nicht geeignet. Die Industrie ist zur Finanzierung dieser Forschung heranzuziehen.

IV. Gegen Lärmschäden in Betrieb und Verkehr

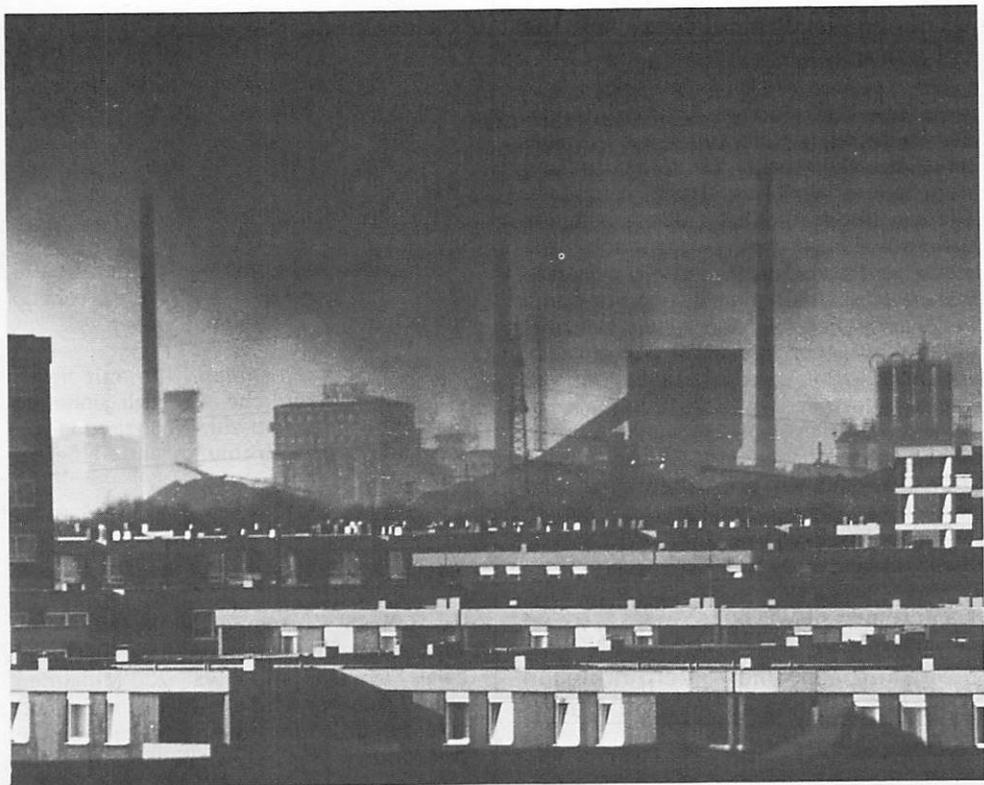
Drei Millionen Bundesbürger leiden unter Hörschäden. Nur jeder sechste ist ärztlich und durch Hörgeräte ausreichend versorgt.

Täglich aber nimmt die Zahl der Betroffenen durch unerträgliche Lärmbelästigung in Betrieb und Verkehr weiter zu. Schwerhörigkeit als Berufskrankheit liegt heute in der BRD schon an vierter Stelle. Besonders betroffen sind auch die Anwohner von Betrieben, von verkehrsreichen Straßen, von Wohngebieten, die im Einflugbereich von zivilen und militärischen Flugplätzen liegen. Folgen sind nicht nur Hörschäden, sondern Nervenschädigungen bis zu Geisteskrankheiten sowie Herz- und andere Organschäden.

Für Millionen Bürger ist das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Grundgesetz) nicht mehr garantiert. Der Verwirklichung des Verfassungsgrundsatzes steht auch hier die Einschränkung der Gesetzgebung auf die „wirtschaftlich zumutbaren Maßnahmen“ und die lächerlichen Strafdrohungen (bis zu 500 DM Geldstrafe oder Haft bis zu sechs Wochen) entgegen.

Wir fordern deshalb:

Es dürfen keine Unternehmenszweige mehr als „Lärmbe-



triebe“ anerkannt werden. Der Ab-
bau des Lärmpegels muß durch Vor-
schriften erzwungen werden, die
verlangen, maschinelle Veränderun-
gen und den Einbau schall-
schluckender und schalldämmender
Materialien vorzunehmen.

Es ist ein Forschungs- und Entwick-
lungsprogramm auf dem Gebiet schall-

schluckender und schalldämmender Ma-
terialien für Betriebsanlagen und Wohn-
bauten durchzuführen.

Verlegung der Flugplätze aus den
Ballungsgebieten. Aufbau eines Zubringer-
verkehrs durch geräuscharme Schnellbah-
nen.

Entwicklung von geräuscharmen
Nahverkehrsmitteln.

V. Mehr Erholungsgebiete für die arbeitende Bevölkerung

Die DKP fordert für jeden Bürger das Recht, seine freie Zeit in einer Umgebung zu verbringen, die ihm Erholung nach seiner täglichen Arbeit garantiert. Die wachsende Intensität der Arbeit, die dauernde nervliche Anspannung, die stärker auf den Organismus wirkt als zeitweilige Muskelanspannung, sind nur durch verlängerte Freizeit und deren sinnvolle Gestaltung in ihren Folgen aufzufangen. Vor allem die in den Großstädten konzentrierte Industriearbeiterschaft und ihre Familien brauchen neue Möglichkeiten, die Arbeitskraft wiederherzustellen und die drohenden Folgen der Arbeitshetze und schlechter Umweltbedingungen, die in massenhafter Frühinvalidität sichtbar werden, vorbeugend auszugleichen.

Dafür fordert die DKP:

Ausbau aller Verbindungen zwischen Wohnzentren und Naherholungsgebieten.

In den Erholungsgebieten muß der Grundsatz gelten, daß öffentliche Interessen über privaten Besitzansprüchen stehen.

Privatwald darf nicht abgeäunzt werden, Seeufer gehören nicht in den Privatbesitz von Millionären. Sie gehören der Allgemeinheit und sind ihr durch Enteignung zugänglich zu machen. Eine Entschädigung ist so zu bemessen, daß Bodenspe-

kulation ausgeschlossen wird.

Die Bevölkerung braucht Naherholungsgebiete, Freizeit- und Urlaubsräume mit jedermann zugänglichen Wäldern und Seen, mit Wander- und Bademöglichkeiten; mit der Gelegenheit, sich in freier Natur an Pflanzen und Tieren zu freuen.

Zelt- und Campingplätze müssen in geeigneter Lage und zweckentsprechend eingerichtet zur Verfügung stehen.

Großunternehmen, die mit ihren Abwässern natürliche Badegelegenheiten zerstört haben, sind zur Finanzierung von Freibädern und Erholungszentren heranzuziehen.

VI. Wer soll bezahlen?

Nach Schätzung der Fachleute erfordert der Umweltschutz in den nächsten zwei Jahrzehnten etwa 230 Milliarden Mark. Außerordentliche Maßnahmen sind erforderlich, um diese Mittel aufzubringen.

Die DKP weist alle Versuche, den Bürger direkt über neue und höhere Steuern oder indirekt über Preis- und Tarifierhöhungen und sonstige Belastungen für die Bewältigung der Umweltprobleme zahlen zu lassen, zurück. Für die unserer Gesellschaft entstandenen Schäden muß der Hauptverursacher, die Großindustrie, zahlen. Mittel, die darüber hinaus für den vorbeugenden Umweltschutz und für die Sicherung des Lebens erforderlich sind,

müssen vornehmlich aus folgenden Quellen kommen:

- Aus dem Rüstungshaushalt. Die Verträge von Moskau und Warschau widerlegen erneut die Behauptung, daß die Bundesrepublik vom Osten bedroht sei und deshalb die Rüstungs- und NATO-Ausgaben verstärkt werden müßten. Sie unterstreichen vielmehr die Möglichkeit, sofort die Rüstungslasten zu senken. Die DKP fordert, daß die Rüstung um 15 Prozent jährlich oder mindestens drei Milliarden DM vermindert wird.
- Aus zusätzlichen Steuern für Großunternehmen. Durch Gesetz ist ein öffentlich-rechtlicher Fonds für Umweltschutz zu schaffen. Der Grundstock dieses Fonds ist durch Abgaben der großen Kapitalgesellschaften und Industriestiftungen in Höhe von 10 Prozent der jährlichen Abschreibungen zu bilden.

Der Fonds soll durch Sonderzuweisungen des Bundes aus Mitteln des Haushalts aufgestockt werden. Zusätzliche Mittel dafür sollen ferner durch die Erfassung der Steuerfluchtgelder sowie durch eine Abschaffung der Verlustzuweisungen aus steuerbegünstigten Investitionen beschafft werden. Bei der Verwaltung des Fonds und der Vergabe der Mittel werden den Gewerkschaften Mitbestimmungsrechte garantiert.

- Bei allen Investitionsvorhaben werden die Großbetriebe, die durch die Art ihrer Tätigkeit Umweltschäden verursachen können, durch Gesetz verpflichtet, ausreichende Maßnahmen einzuplanen und im Rahmen der Investitionen entsprechende Mittel einzusetzen.
- Da wesentliche Aufgaben des Umweltschutzes den Städten und Gemeinden zufallen, ist ihre finanzielle Leistungskraft durch Erhöhung ihres Anteils am Steueraufkommen zu garantieren.
- Bei Neuansiedlung von Industrieunternehmen müssen diese, nicht aber die Gemeinden, für die Finanzierung notwendiger Maßnahmen zum Schutz der Umwelt aufkommen.

VII. Kompetenzen und Verantwortungen

Es gibt kein Rezept, die Strukturfragen und Zuständigkeitsbereiche des Umweltschutzes über einen Leisten zu schlagen. Zum einen ist lokale Zuständigkeit gegeben. Probleme einer Gemeinde oder eines Landschaftsraumes können nicht durch zentralistische Entscheide fern von den Interessen der Betroffenen gelöst werden. Die Bürger haben das Recht, über Planungen ihrer Umwelt allseitig orientiert zu werden und sie in



Wahrung ihrer eigenen Interessen mitzuentscheiden.

Zweifellos sind dort, wo regionale Lösungen – etwa für bestimmte Raumordnungsfragen, Naturschutzgebiete etc. – anstehen, regionale Kompetenzen auf der Ebene der Länder sinnvoll.

Andererseits gelten im Umweltschutz Verantwortungsbereiche von gesamtstaatlicher Größenordnung. Wo es um Grundscheidungen, vor allem um antimonopolistische Maßnahmen gegen die großindustrielle Verseuchung von Luft und Wasser, gegen Bodenspekulation und Landschaftszerstörung geht, sind Bundeskompetenzen wahrzunehmen.

Eine Bundeskompetenz jedoch – wie sie aus den Forderungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und aus den Plänen der Bundesregierung erkennbar wird – die darauf abzielt, den exekutiven Machtapparat weiter zu verstärken, brennende Probleme weiterhin den Interessen des Großkapitals unterzuordnen und die Lasten der arbeitenden Bevölkerung aufzubürden, lehnt die DKP ab.

Darüber hinaus ist der Umweltschutz ein Bereich dringender internationaler Zusammenarbeit. Besonders vordringlich erscheint dabei die Schaffung völkerrechtlicher Grundlagen in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Damit werden sowohl zweiseitige Abkommen als auch die Mitarbeit der BRD und der DDR in den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen

erleichtert. Schließlich eröffnen sich in diesem Zusammenhang Probleme gesamt-europäischer Kooperation – etwa durch internationale Regelungen zum Schutz der Flüsse und Gewässer, für die Sauberhaltung der Meere, zur Kontrolle von Veränderungen in der Atmosphäre und im Welt-
raum.

Auch diese so dringlich erforderlichen Maßnahmen weisen auf die Notwendigkeit hin, die Anstrengungen für eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz zu verstärken, die dazu beitragen muß, eine Politik der Entspannung zu fördern und damit die wesentliche Voraussetzung für fruchtbare internationale Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu schaffen.

VIII. Umweltschutz heute – Problem der demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft

Die DKP stellt die Bemühungen für den Umweltschutz ganz bewußt in den Rahmen des Kampfes um eine demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Wir sagen nachdrücklich, daß die Lösung der Lebensfragen unseres Volkes – und dazu gehört der Umweltschutz – nur über die Entfaltung der Aktivität und Selbsttätigkeit der arbeitenden Menschen erreicht werden kann. Demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft –

das heißt Einschränkung der Macht des Großkapitals, das seine egoistischen Interessen über den Schutz der Umwelt stellt, das heißt Zurückdrängung des Militarismus und Verwendung der Rüstungsmittel für soziale und kulturelle Zwecke, zur Bewältigung einer solchen Aufgabe, wie sie der Umweltschutz darstellt.

Demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft – das bedeutet vor allem die Durchsetzung einer Politik des Friedens und der Sicherheit, der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, einer Politik, die es erleichtert, Rüstungsmittel für friedliche Zwecke freizumachen und die Kraft unserer Wirtschaft und unserer Wissenschaft auf friedliche Interessen zu konzentrieren.

Demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft erfordert die Erweiterung der Rechte und Freiheiten der Bürger und die Stärkung der Finanzkraft der kommunalen Selbstverwaltung, die Verwirklichung von Kontrolle und Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Der Umweltschutz kann nur in der Auseinandersetzung mit dem Großkapital, das seinen Profit zum Maßstab aller Dinge macht, verwirklicht werden.

Die Tatsachen beweisen, daß das in der Bundesrepublik herrschende spätkapitalistische System nicht in der Lage ist, die sozialen und gesellschaftlichen Probleme

meiner Zeit zu lösen. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt drängt – soll er dem menschlichen Fortschritt dienen – zu einer neuen Gesellschaftsordnung, zum Sozialismus.

Die DKP weist darauf hin, daß die Fragen des Umweltschutzes ihre endgültige Lösung im Interesse des arbeitenden Volkes nur in einer sozialistischen Ordnung finden werden.

Unter sozialistischen Bedingungen ist der Widerspruch zwischen den Profitinteressen einer kleinen Gruppe von Besitzenden und den Interessen des arbeitenden Volkes aufgehoben. Technischer Fortschritt ist kein Alptraum mehr. Die großen Produktionsmittel sind aus der Hand weniger Mächtiger in Volkseigentum überführt.

Auch in sozialistischen Ländern gibt es Probleme des Umweltschutzes, die bei weitem noch nicht gelöst sind. Aber ein entscheidendes Hindernis auf dem Wege zu ihrer Bewältigung ist bereits aus dem Wege geräumt: das Privateigentum von Konzernbossen an Fabriken, an Grund und Boden. In den sozialistischen Ländern kann niemand sein Profitinteresse über die Interessen der Allgemeinheit stellen.

Es ist kein Zufall, daß die DDR und die Sowjetunion Wasserschutzgesetze entwickelt haben, die von westdeutschen Experten als fortschrittlich und beispielgebend bezeichnet werden. Es ist auch kein Zufall, daß die Volkskammer der DDR im Mai 1970 ein Landeskulturgesetz annahm, das der Bielefelder Staatsrechtler Prof. Dr.

Rehbinder „die erste umfassende Modifikation des Umweltschutzes in der Welt“ nennt.

Wenn die DKP sagt, daß nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung die Voraussetzungen zur endgültigen Lösung der Umweltprobleme bietet, so heißt das nicht, daß sie vorschlägt, die Bemühungen für den Umweltschutz auf die Zeit zu verschieben, in der der Sozialismus auch in der Bundesrepublik gesiegt hat. Der Umweltschutz ist bei uns zu einer Lebensfrage geworden, zu einem Problem, an dem jetzt und heute gearbeitet werden muß.

Die DKP schlägt vor, für Gesetze und Maßnahmen einzutreten, in denen klar zum Ausdruck kommt, daß die Besitzer der Großindustrie die Schuldigen für die Zerstörung der Umwelt sind; in denen eindeutig festgelegt ist, daß diese Schuldigen und nicht die arbeitende Bevölkerung die Lasten für die Beseitigung der Umweltschäden tragen müssen.

Die DKP verlangt Gesetze und Maßnahmen, die unter Einbeziehung der Initiative und Aktivität der Bevölkerung eine Barriere gegen die weitere Vergiftung und Schädigung der Umwelt durch die Profitsucht des Großkapitals darstellen.

Was wir wollen, ist eine breite demokratische Kontrolle der Einhaltung dieser Gesetze in und außerhalb der Betriebe.

Was wir wollen, ist ein Boden- und

Wassernutzungsrecht, das die Erhaltung dieser natürlichen Lebensquellen für Generationen garantiert, die bestmögliche Nutzung im Interesse aller und nicht einiger Privatbesitzer sichert.

Was wir wollen, ist eine klare Zielstellung in der Bewältigung der Zukunftsaufgaben, die neue Prioritäten setzt: Milliarden nicht für die Rüstung, sondern für die Erhaltung des Lebens, Umweltschutz statt Zerstörung.

Umweltschutz ist nicht die Aufgabe einiger Gruppen. Betroffen ist vor allem die arbeitende Bevölkerung, betroffen sind Arbeiter, Angestellte und Beamte, Bauern, Ärzte, Techniker und Wissenschaftler, Studenten und Professoren.

Ihr gemeinsames Interesse fand seinen Ausdruck bereits in gemeinsamen Aktionen, in Demonstrationen, öffentlichen Aufklärungsaktionen, in Flugblättern, in Petitionen an den Bundestag, in Bürgerausschüssen, in der Gründung von Arbeitsgruppen in Volkshochschulen und von Kommissionen für den Umweltschutz.

Die Internationale Föderation der Chemie- und Fabrikarbeiterverbände (ICF) hat eine internationale Aktion für den Umweltschutz beschlossen. Sie brandmarkt, daß die Großindustrie im Interesse des Profits Möglichkeiten zur Sicherung der Umwelt mißachtet. Die Jungsozialisten und andere Organisationen sowie namhafte Wissenschaftler sind mit Vor-

schlagen für den Umweltschutz an die Öffentlichkeit getreten. Wir Kommunisten begrüßen die Aktionen und Initiativen. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit.

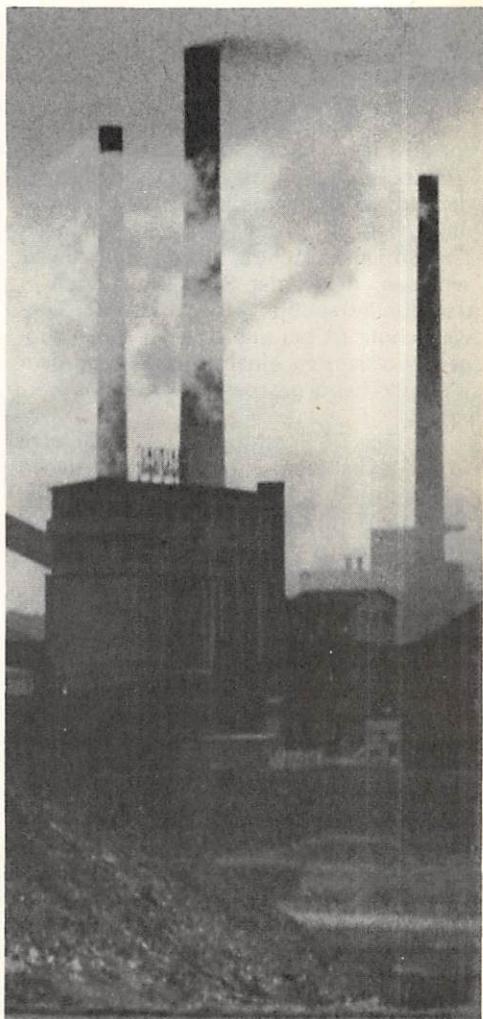
Die DKP unterbreitet hiermit ihre Vorschläge für einen wirksamen Umweltschutz. Wir stellen sie zur Diskussion. Eine demokratische Aussprache kann helfen, für brennende Probleme eine Lösung zu finden.

Die Tatsachen beweisen: keine Forderung verwirklicht sich im Selbstlauf. Die arbeitende Bevölkerung wird sich alles erkämpfen müssen. Von der Aktivität der demokratischen Kräfte, von ihrem gemeinsamen Handeln hängt der Erfolg ab.

Die DKP wendet sich an die Öffentlichkeit: Umweltschutz geht alle an. Jeder spürt am besten, was an seinem Arbeitsplatz, in seinem Betrieb, in seiner Stadt faul ist. Wir wenden uns an die Gewerkschafter, an die Wissenschaftler, an alle: Unterbreitet der Öffentlichkeit Eure Kenntnisse, helft mit!

Mit dem Schutz unserer Umwelt nehmen wir den Schutz unserer Zukunft in die eigenen Hände. Arbeiten wir zusammen, verlangen wir Abhilfe, handeln wir!

Die DKP ist bereit und entschlossen, ihren Beitrag zu leisten.





**Unsere UMWELT
schützen-
mit der DKP
gegen das
Großkapital**

Aus dem Referat von Jupp Angenfort auf der Konferenz der DKP für einen wirksamen Umweltschutz in Ludwigshafen am 6.3.71

Verpestete Luft, vergiftetes Trinkwasser, nervenzermürender Lärm, die Zerstörung unserer Landschaft – das sind Themen, die in jüngster Zeit in zunehmendem Maß Presse, Rundfunk und Fernsehen beherrschen.

Eine allgemeine Unruhe hat die Bevölkerung erfaßt, und viele Menschen stellen sich Fragen über Fragen: Ist die Situation wirklich so bedrohlich? Wer ist schuld, daß es soweit kam? Was können wir tun, um weitere schreckliche Folgen zu verhindern?

Man möge uns recht verstehen. Wir Kommunisten sind nicht gegen vernünftige Ratschläge an die Bevölkerung, wie sie zum Umweltschutz beitragen könnte. Wir sind auch nicht dafür, daß alte Sofas irgendwo hingeworfen werden, daß der Wald mit Konservenbüchsen verunziert wird. Aber das sind nicht die Kernprobleme des Umweltschutzes.

Nach Schätzungen aus dem Jahre 1969 werden jährlich in die Luft über der Bundesrepublik zweieinhalb Millionen Tonnen Staub, zweieinhalb Millionen Tonnen Stickoxyde, drei Millionen Tonnen Kohlenwasserstoff, fünf Millionen Tonnen Schwefeloxycide und sieben Millionen Tonnen Kohlenmonoxyde abgegeben.

Bezogen auf die Gesamtfläche ist die Luftverschmutzung in der Bundesrepublik schon jetzt siebenmal so stark wie in den USA. 1)

Alarmierende Tatsachen

Professor Grzimek teilte Ende vergangenen Jahres mit, daß nach den Ausssa-

gen international anerkannter Krebsforscher bis zum Jahre 2 000 rund 18 Millionen Bürger der Bundesrepublik an Krebs erkranken und zwölf Millionen Bürger daran sterben müßten. Die Ursachen dafür, so sagte er, liegen nicht zuletzt auch in der Zunahme krebsfördernder Substanzen durch die Luftverunreinigung. 2)

Jede einzelne dieser Tatsachen, die man durch viele andere ergänzen könnte, ist für sich genommen schon alarmierend genug. In ihrer Gesamtheit bedeuten sie, daß die Gesundheit unserer Bevölkerung, ja sogar ein normales Weiterleben in nicht allzu ferner Zeit in Frage gestellt sind, wenn nicht eine grundlegende Änderung herbeigeführt wird.

Als einzige der in der BRD wirkenden Parteien zeigt die DKP die Ursachen der Umweltzerstörung in aller Klarheit auf.

Geld für Gift

Vertreter der CDU/CSU, unter deren Regierungen und mit deren Gesetzesinitiativen der Großindustrie 20 Jahre lang schrankenlose Profitmacherei auf Kosten der Gesundheit von Millionen ermöglicht wurde, erklären: Wir alle seien schuld. Die Hausfrau, die schmutziges Wasser wegschüttet, der Arbeiter, der mit dem Auto zur Fabrik fährt.

In die gleichen Fußstapfen tritt im Grunde genommen die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung. Die Lobby der Großindustrie, die von sich ablenken, die die Schuld auf alle gleichmäßig verteilen

und die Kosten für den Umweltschutz auf die Masse der Bevölkerung abwälzen will, ist bereits in Aktion und hat schon gewirkt. Politiker der CDU/CSU, SPD und FDP greifen die Unternehmerargumente auf. Und schon entfaltet sich ein ganzer Feldzug, dessen Ziel es ist, der Bevölkerung einzureden, alle seien gleichmäßig schuld an der Umweltgefährdung.

Die DKP wendet sich dagegen, daß von den entscheidenden Urhebern der Umweltzerstörung abgelenkt werden soll.

An der Gesamtmenge der Abwässer zum Beispiel sind trotz großer Veränderungen im Haushaltsbereich industrielle Unternehmen zu 80 Prozent beteiligt. So entspricht die Abwasser-Menge der Bayer-Werke zwischen Leverkusen und Uerdingen etwa der der halben Ruhrbevölkerung. Die Gesetzgebung, die auf diesem Gebiet im wesentlichen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammte, setzte den Unternehmern fast keine Schranken, und die CDU/CSU-Regierungen änderten jahrelang gar nichts daran. Der Höchstprofit war heilig. Das „Handbuch für Sozialwissenschaften“ schreibt folgendes: „Die Industrie bemühte sich... um die Erhaltung und Modernisierung ihrer Betriebseinrichtungen, nicht aber um Kläranlagen, die keine Betriebsgewinne abwerfen.“ 3)

„Verwässertes“ Wasserschutzgesetz

Als dann die Wasser im buchstäblichen Sinne des Wortes zum Himmel stanken, sollte im Jahre 1960 ein „Gesetz zur Reinhaltung der Wasserstraßen“ Abhilfe

schaffen. Die Industrie-Lobby tat alles, um dieses Gesetz zu verwässern. Auch das dann verabschiedete verwässerte Gesetz wurde vom Bundesverband der Deutschen Industrie angegriffen. Er forderte z.B. in seinem Jahresbericht 1964/1965, die Bestimmungen über die Einleitung industrieller Abwässer in kommunale Anlagen zugunsten der Industrie zu lockern. Die Industriellen hatten Erfolg. Das Gesetz wurde vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt.

Sogar die vom Bundesinnenministerium beauftragte Kommission zur Untersuchung der Umweltschäden stellte fest, daß die Bereitschaft der Industrie zu weiteren Investitionen für den Umweltschutz sehr klein sei. Der Leiter der Studiengruppe für industrielle Umweltfragen beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wurde präziser. „Die Industrie läuft Gefahr, nach weiteren Auflagen (für den Umweltschutz J.A.) nicht mehr wettbewerbsfähig zu sein,“ erklärte er.

Die DKP stellt fest: Das Großkapital ist der wirkliche Zerstörer unserer Umwelt. Es hat daran jahrzehntelang, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung, verdient. Die Besitzer der Großindustrie müssen die Lasten für die Beseitigung und Verhütung der Umweltschäden tragen, nicht die arbeitende Bevölkerung!

Rheinkatastrophe kann sich jederzeit wiederholen!

Im Juni 1969 wurde fast der gesamte Fischbestand des Rheins unterhalb der

Mündung des Maines durch das Pflanzenschutzmittel Endosulfan vernichtet. In Holland mußte Trinkwasser-Alarm gegeben werden. Der stellvertretende Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, erstattete Strafanzeige gegen den Vorstand der Farbwerke Hoechst, die als einziger Betrieb in der Bundesrepublik Endosulfan herstellen. Herbert Mies erklärte: „Die strafrechtliche Verfolgung... ist das mindeste, was der Bürger erwarten kann. Hemmungslos gefährden die großkapitalistischen Produzenten in ihrem Profitstreben das Leben von Hunderttausenden von Menschen.“

Die Farbwerke Hoechst erklärten sofort, daß von ihrem Griesheimer Werk kein Endosulfan in den Rhein gelangt sein könne. Möglicherweise sei ein Faß mit diesem Gift von einem Rheinschlepper ins Wasser gefallen oder ins Wasser geworfen worden.

Wenig später stellten holländische Institute eindeutig fest, daß das Endosulfan aus den Abwässern der Farbwerke Hoechst stammt.

Inzwischen steht fest — selbst vor dem Bundestag mußte es bekanntgegeben werden — daß die Farbwerke Hoechst gegenwärtig noch stündlich 150 bis 400 Gramm Endosulfan mit dem Abwasser in den Main leiten. 4) Wenn der Main Niedrigwasser führt, kann sich das Gift, das dann nicht kontinuierlich weggespült wird, konzentrieren und eine ähnliche oder schlimmere Katastrophe als 1969 kann unsere holländischen Nachbarn und uns betreffen. Auf seine Strafanzeige, die inzwischen in allen Punkten durch die Tatsachen bestätigt ist, erhielt der stell-

vertretende Vorsitzende der DKP nicht einmal eine Antwort.

Als er Dienstaufsichtsbeschwerde erhob, erklärte der Koblenzer Oberstaatsanwalt Dr. Ullrich, daß die Ermittlungen weiterliefen, und wörtlich: „Abzusehen ist schon jetzt: Zu einer Anzeige gegen die Verantwortlichen der Farbwerke Hoechst wird es vermutlich nicht kommen.“ 5)

Umweltschutz — Mitbestimmungsfrage

Hier wird deutlich: Die wirklichen Ursachen der Umweltgefährdung sollen verschleiert, die wahren Schuldigen sollen gedeckt werden. Die DKP bringt Klarheit in die Dinge! Und wenn ein Ministerialrat, der die Ohnmacht seiner Behörde gegenüber den Industriekonzernen beklagt, fragt, was man denn tun sollte, ob man den Generaldirektor eines Großbetriebes vielleicht einsperren sollte, dann antworten wir Kommunisten: Selbstverständlich! Und nicht nur das. Wir sind der Meinung: Die Probleme des Umweltschutzes bestätigen die Richtigkeit der Forderung der DKP, daß die Macht der großen Konzerne eingeschränkt und schließlich überwunden werden muß.

Die DKP sagt: Die arbeitende Bevölkerung steht vor der Notwendigkeit, ihre Umwelt, ihr Leben und ihre Gesundheit vor der Gewinnsucht der Herren des Großkapitals zu schützen. Ja, Umweltschutz ist eine Aufgabe, die die Allgemeinheit angeht und die gerade deswegen die breiteste demokratische Mitbestimmung

vor allem der Organisation der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften erfordert.

Ungedeckte Wechsel

Wenn man die Sprecher der Regierung hört, so könnte man glauben, daß jetzt eine unerhörte Aktivität in Fragen Umweltschutz entwickelt werde. Innenminister Genscher hat kürzlich auch ein Sofortprogramm für den Umweltschutz verkündet. Die meisten der Maßnahmen sind, wie der „Spiegel“ in einer Titelseite feststellt, allenfalls ungedeckte Wechsel auf die Zukunft. 6)

Es wird zwar davon gesprochen, daß für die zukünftige Sicherung sauberen Wassers und besserer Luft 18 Milliarden D-Mark erforderlich seien. Aber das Sofortprogramm nennt keine einzige Milliardensumme, die für den Umweltschutz eingeplant wäre. Ganze elf Millionen werden laut Sofortprogramm der Bundesregierung z.B. für die Entwicklung neuer umweltfreundlicher Technologien eingeplant. Hundert Millionen D-Mark aber wurden allein aufgewendet, einen Vielstoffmotor für die Panzer der Bundeswehr zu entwickeln. 1.146 Millionen D-Mark werden pro Jahr für Militärforschung ausgegeben!

Das Kind beim Namen genannt

Die eigentlich Verantwortlichen für die Schädigung unserer Umwelt werden von der Regierung nicht genannt. Die DKP nennt sie: Es sind die Hütten- und Chemiekonzerne an Rhein und Ruhr, denen wir die giftige Schmutz- und Dunst-

glocke über dem Revier verdanken. Es ist die Badische Anilin- und Sodafabrik, die zentnerweise Reizstoffe durch die Schornsteine in die Luft bläst. Es sind die Farbwerke Hoechst, die mit Pflanzenschutzmitteln den Main und den Rhein vergiften.

Die DKP wird in Wahrung der öffentlichen Interessen weiter gegen die Verursacher der Umweltgefährdung vorgehen. Damit der Kampf erfolgreich wird, benötigen die Kommunisten dabei die Erfahrungen, die Initiative, die Aktivität der Belegschaften, ihrer Betriebsräte, ihrer Vertrauensleute, die Kenntnisse der Techniker und Wissenschaftler. So entsteht die Kraft, die in der Auseinandersetzung mit dem Großkapital Erfolge für einen wirklichen Umweltschutz durchsetzt.

Endgültige Lösung nur in einer sozialistischen Ordnung

Die internationale Föderation von Chemie- und Fabrikarbeitervereinigungen (ICF) stellte auf ihrem 14. Kongreß in Kopenhagen fest, daß die Wirtschaft die technischen Möglichkeiten kenne, Schädigungen der Umwelt zu verhindern, sie wende sie aber nicht oder nicht ausreichend an, weil die Abgas- und Abwasserreinigung Kosten verursache, die den Profit schmälern. 7)

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten in der Bundesrepublik stellte in einer Pressekonferenz fest, daß die zunehmende Umweltverschmutzung im wesent-

lichen auf den nicht kontrollierbaren Produktionsentscheidungen privater Unternehmen beruhe. 8)

Wir Kommunisten stellen fest: Das in der Bundesrepublik herrschende spätkapitalistische System ist nicht in der Lage, die Natur harmonisch zu beeinflussen, das heißt, sie nicht nur zu beherrschen und auszubeuten, sondern sie auch zu pflegen, und zwar als ganzes, mit Rücksicht auf alle Wechselwirkungen. Aufgaben, die so weiträumige, in die Zukunft reichende Planung erfordern, sind in den engen Schubfächern privatwirtschaftlicher Interessen nicht unterzubringen. Auch der wissenschaftlich-technische Fortschritt drängt – soll er dem menschlichen Fortschritt dienen – zu einer neuen Gesellschaftsordnung, zum Sozialismus.

Deswegen sagen wir Kommunisten auch mit allem Nachdruck, daß das System der Profitwirtschaft das entscheidende Hindernis bei der Lösung aller Umweltfragen ist, daß die Probleme des Umweltschutzes ihre endgültige Lösung im Interesse des arbeitenden Volkes nur in einer sozialistischen Ordnung finden werden.

Die Deutsche Kommunistische Partei ist die einzige Partei in der Bundesrepublik, die diese Tatsache ausspricht. Sie ist die Partei der sozialistischen Alternative zu dieser spätkapitalistischen Ordnung, nicht die Partei des Korrigierens von Fehlern im System und am System. Eben

darum hat die DKP schon in ihrer Grundsatzerklärung unmißverständlich klargestellt, daß unser Ziel der Sozialismus ist.

Es wird uns Kommunisten vorgehalten, daß es in den sozialistischen Ländern die gleichen Probleme der Umweltgefährdung gebe wie bei uns. Es gibt in den wesentlichsten Fragen nicht die gleichen Probleme. Ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zu ihrer Bewältigung ist bereits ausgeräumt: das Privateigentum von Konzernbossen an Fabriken, an Grund und Boden. In den sozialistischen Ländern kann niemand seine Profitinteressen über die Interessen der Allgemeinheit stellen. Die Schranke des Profits, die hier in der Bundesrepublik allen ernstesten Bemühungen entgegensteht, gibt es in den sozialistischen Ländern nicht mehr.

Selbstverständlich haben auch sozialistische Länder Probleme des Umweltschutzes, die bei weitem noch nicht gelöst sind. Auch die DDR und die Sowjetunion, um sie als Beispiele zu nehmen, haben schwergeschädigte Flüsse.

Auch dort rieseln Millionen Tonnen Industriestaub herab. Es wird eine Menge Zeit in Anspruch nehmen, die Probleme zu bewältigen. Aber der Überwindung der Probleme stehen keine Privatinteressen entgegen, und das sozialistische System behindert die Lösung der Probleme nicht, sondern erleichtert sie.

Beispielhafte Regelungen in sozialistischen Ländern

Es ist interessant, festzustellen, daß in der DDR und in der Sowjetunion, um bei diesen Beispielen sozialistischer Länder zu bleiben, die **gesetzlichen Vorschriften bei weitem strenger, klarer und eindeutiger sind als in der Bundesrepublik.**

In der DDR wurde im Mai 1970 das Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur beschlossen. Das Gesetz regelt eindeutig, daß die Betriebe, die Naturressourcen in Anspruch nehmen, **voll für ihre schadlose Nutzung verantwortlich sind.** Es legt die Verantwortung der Betriebe und ihrer übergeordneten Organe für die Sicherung des wissenschaftlich-technischen Vorlaufs fest, um in zunehmendem Maße planmäßig solche Verfahren, Produktionstechnologien und Anlagen zu entwickeln und einzusetzen, die schädigende Wirkungen für die Menschen und ihre Umwelt weitestgehend ausschließen.

Ein ausgedehntes Kontrollsystem unter Einschluß von Vertretern der Gewerkschaften ist entwickelt worden. Nebenbei bemerkt: Bei den Farbwerken Hoechst ist es so — wie der Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Frankfurt, Dr. Heinrich, mitteilte — daß die Betriebsleitung die Aufgabe des Gewerbeamtes, Kontrollen durchzuführen, selber übernommen hat. Dem Gewerbeamt fehlen nämlich die Mittel, genügend Kontrolleure einzustellen. Man kann sich vorstellen, was bei der Selbstkontrolle der Kapitalisten herauskommt!

Der BDI würde heulen

Die Sowjetunion hat 1960 ein umfassendes Gesetz über den Schutz der Natur erlassen. Es wurde im vergangenen Jahr durch ein spezielles Wasserschutzgesetz ergänzt.

In dem Gesetz wird ausdrücklich der Grundsatz verkündet, daß sauberes Trinkwasser und die menschliche Gesundheit Vorrang haben vor einer Nutzung durch die Industrie. Was für ein Geheul würde wohl der Bundesverband der Deutschen Industrie erheben, wenn in der Bundesrepublik solch ein Gesetz, dessen Ausführung dann durch Vertreter der arbeitenden Bevölkerung kontrolliert wird, erlassen würde.

Wir Kommunisten möchten nicht mißverstanden werden. Wenn die DKP sagt, daß nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung die Voraussetzung zur endgültigen Lösung der Umweltprobleme bietet, so heißt das nicht, daß wir vorschlagen, die Bemühungen für den Umweltschutz auf die Zeit zu verschieben, in der der Sozialismus auch in der Bundesrepublik gesiegt haben wird.

Der Umweltschutz ist in der Bundesrepublik zu einer Lebensfrage geworden, zu einer Aufgabe, an der jetzt und heute bereits gearbeitet werden muß; zu einer Kampfaufgabe, in der durch das gemeinsame Wirken aller demokratischen Kräfte Teilerfolge bereits errungen werden können.

Vernichtungswissenschaft und Kriegstechnik bekämpfen

Es gibt ein Problem der Umweltgefährdung, das von keiner der im Bundestag vertretenen Parteien auch nur mit einem Wort angesprochen wird, die Tatsache, daß zu einem wirksamen Umweltschutz vor allem auch der Schutz des Lebens und der Umwelt vor Vernichtungswissenschaft, Kriegstechnik und Kriegspolitik gehört.

In der Bundesrepublik liegen die größten europäischen Atombomben-Depots der USA. Hier liegen die USA-Lager mit biologischen und chemischen Vernichtungsmitteln, mit Giften zur Zerstörung pflanzlichen, tierischen und menschlichen Lebens, mit Erstickungs-, Lähmungs- und Nervengasen, mit Bakterienstämmen vom Milzbrand bis zur Pest.

Die CDU/CSU und auch der sozialdemokratische Verteidigungsminister Schmidt sagen der Öffentlichkeit, daß alle diese Maßnahmen nur zum Schutz der Bevölkerung vor einer Bedrohung aus dem Osten getroffen wurden. Bedrohung aus dem Osten? Haben die Verträge von Moskau und Warschau, haben die Bemühungen der sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion, um das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz nicht erneut bewiesen, daß die Länder des Sozialismus alles für die Erhaltung des Friedens tun?

Und was heißt Schutz unserer Bevölkerung durch die NATO, durch die USA? Vor einem Jahr etwa konnte man

in der Illustrierten „Stern“ den konkreten Plan der Militärs der USA nachlesen, der exakte Hinweise für die Zerstörung jeder Stadt in der Bundesrepublik und in der DDR enthielt.

Wenn jemand glaubt, im Ernstfall würden die USA solche und ähnliche Pläne nicht verwirklichen, weil die Bundesrepublik doch der Bundesgenosse der USA ist, der möge nach Vietnam schauen.

ABC-Waffen raus

Das Prinzip der Vietnamisierung, d.h., daß der Verbündete in erster Linie den Landkrieg führt, die Menschenopfer bringt, die Zerstörung trägt, während die Imperialisten der USA sich auf das Bombenwerfen spezialisieren und am Krieg verdienen, gilt nicht nur für Vietnam. Es ist die Leitlinie des Kriegsdenkens der herrschenden Kreise der USA überhaupt. Man kann sich vorstellen, was hier, in Rheinland-Pfalz, diesem Pulverfaß, im Falle eines militärischen Konflikts los wäre.

Rheinland-Pfalz und die ganze Bundesrepublik wären ein Inferno der Vernichtung und Zerstörung.

Deswegen verlangen wir Kommunisten als erste Forderung des Schutzes der menschlichen Lebensbedingungen:

Sofortige Entfernung aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Vernichtungsmittel sowie der zugehörigen Trägersysteme vom Boden der Bundesrepublik;

Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages;

schnelle Ratifizierung der Moskauer und Warschauer Verträge und die aktive Mitarbeit am Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz.

Schnelles Handeln tut not

Die Regierung hat angekündigt, daß bis zum Sommer 1971 ein Immissionschutzgesetz entworfen werden soll. Aber es wurde schon deutlich gemacht, daß dieses Gesetz erst die Grundlage für ein System von Immissionskontrolle wäre, dessen Verwirklichung wiederum Jahre in Anspruch nehmen wird. Bis dahin könnte die Luft durch die Industrie weiter zum Schaden der Gesundheit der Bevölkerung und zum Nutzen der Profite verpestet werden.

Ähnlich ist es auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft. Zur Zeit läßt die Großindustrie durch ihre Sprachrohre überall das Argument verbreiten, der eigentliche Verschmutzer des Wassers sei nicht die Großindustrie, sondern seien die Gemeinden. Nun ist die Abwasserreinigung der Gemeinden wirklich kein Ruhmesblatt für die Bundesrepublik, und wir Kommunisten wollen die Mißstände hier durchaus nicht bagatellisieren. Wenn aber schon vom Hauptverschmutzer die Rede ist, dann muß festgestellt werden, daß von den Abwässern, die zum Beispiel in Hessen in den Main fließen, 93 Prozent von Gewerbe- und Industrieunternehmen stammen. 9)

Damit die Gemeinden in die Lage versetzt werden, Kläranlagen einzurichten oder vorhandene auf den modernsten

Stand zu bringen, und da überhaupt wesentliche Aufgaben des Umweltschutzes den Städten und Gemeinden zufallen, verlangt die DKP u.a., daß die finanzielle Leistungskraft der Städte und Gemeinden durch Erhöhung ihres Anteils am Steueraufkommen gestärkt wird.

In der Bundesrepublik wurde im Interesse der Auto- und Mineralölkonzerne der Nahverkehr vernachlässigt. Die Stadtplanung wurde darauf abgestellt, den Autoströmen einen Weg in die Innenstadt zu bahnen. Gewachsene Innenstädte wurden so zerstört, Grünanlagen aufgefrisst. Die Luft in den Innenstädten wird durch Abgase verpestet.

Die DKP fordert, auch im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung, den Ausbau der Nahverkehrsmittel. Statt Erhöhung der Fahrpreise für die Nahverkehrsmittel, wie sie jetzt überall angekündigt oder beschlossen wird, einen Preisstopp, dann Senkung der Fahrpreise und Übergang zum Null-Tarif. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat nachgewiesen, daß die volkswirtschaftlichen Einsparungen bei einem Null-Tarif auf die Dauer gesehen größer sind als die Kosten, die ein Null-Tarif verursachen würde.

Gegen Lärmschäden in Betrieb und Verkehr

Unter den Krankheiten, die in der Bundesrepublik schnell zunehmen, sind vor allem die Hörschäden zu nennen. Die Ursachen sind zumeist Lärmschäden. Ganz deutlich wird das, wenn wir die Sta-

tistik der Berufskrankheiten betrachten. Schwerhörigkeit als Berufskrankheit liegt heute in der Bundesrepublik schon an vierter Stelle.

Die Bundesregierung hat in ihrem Sofortprogramm für den Umweltschutz eine umfassende Konzeption zur Lärmbekämpfung angekündigt. Aber daran, daß es kaum gesetzliche Vorschriften oder Verordnungen gibt, die die Industrie dazu zwingen, den Lärm beispielsweise dadurch zu senken, daß maschinelle Änderungen vorgenommen werden, ändert sich zunächst einmal gar nichts. Nach wie vor bestimmt die Gesetzgebung, daß die Maßnahmen, die gegen den Lärm getroffen werden müssen, „wirtschaftlich zumutbar“ sein müssen. Eine Bestimmung, die fast ununterbrochen zugunsten der Unternehmer ausgelegt wird.

Ein Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm, das Anfang dieses Jahres im Bundestag verabschiedet wurde, enthält bemerkenswerte Lücken. Die wissenschaftlich-technologischen Erkenntnisse über Schallschutz sind nicht genügend berücksichtigt. Der wichtige Hinweis der Mediziner, daß für die tatsächliche Belästigung nicht der Dauerschallpegel, sondern die Spitzenpegel entscheidend sind, wurde nicht berücksichtigt. Die Finanzierung der Schallschutzmaßnahmen wurde im Interesse der Flugverkehrsgesellschaften nicht eindeutig den Verursachern von Fluglärm zugewiesen.

Die Forderungen der DKP zur Verhinderung von Lärmschäden erweisen sich als dringend und berechtigt.

Woher sollen die finanziellen Mittel kommen?

Im vergangenen Jahr stand in einem „Intern-Dienst“ der SPD folgender Satz: „Die in die Milliarden gehenden Kosten des Umweltschutzes sollen nach dem Verursachungsprinzip von denen bezahlt werden, die die Maßnahmen erforderlich machen.“ 10)

Das Papier war kaum bedruckt, da war auch schon der Protest und der Druck der Großindustrie da und die im Bundestag vertretenen Parteien folgten ihren Wünschen bereitwillig.

Die Deutsche Kommunistische Partei stellt der unheiligen Allianz der Bundestagsparteien mit den großen Monopolen ihre eigene Konzeption entgegen. Die DKP vertritt den Standpunkt, daß es eine Zumutung ist, daß die Allgemeinheit auch noch die Kosten für die Beseitigung des Drecks aufbringen soll, den im wesentlichen einige wenige verursachen.

Das Großkapital zur Kasse bitten

Wir Kommunisten lehnen alle Pläne, den Bürger direkt über neue und höhere Steuern oder indirekt über Preis- und Tarifierhöhungen für die Bewältigung der Umweltprobleme zahlen zu lassen, ab. Wir vertreten die Auffassung, daß der Verursacher tatsächlich für die von ihm angerichteten Umweltschäden zahlen muß. Wir verlangen, daß die Großindustrie zur Kasse gebeten wird. Wir verlangen Kontrollen

und Maßnahmen, die alle Versuche der Herren der Großindustrie, die Kosten über höhere Preise auf die Verbraucher abzuwälzen, aufdecken.

Über die Beseitigung der Schäden hinaus sind weitere Mittel für den vorbeugenden Umweltschutz notwendig, für geplante Gestaltung der Umwelt. Die DKP fordert, daß die Mittel in erster Linie aus folgenden Quellen kommen:

1. Aus dem Rüstungshaushalt. Die DKP verlangt, daß die Rüstung um 15 Prozent jährlich oder mindestens 3 Milliarden D-Mark vermindert wird.
2. Aus zusätzlichen Steuern für Großunternehmen. Durch Gesetz ist ein öffentlich-rechtlicher Fonds für Umweltschutz zu schaffen. Der Grundstock des Fonds wird durch Abgaben der großen Kapitalgesellschaften und Industriestiftungen in Höhe von zehn Prozent der jährlichen Abschreibungen gebildet. Zusätzliche Mittel sollen durch die Erfassung der Steuerflucht-gelder beschafft werden.

Ferner: Bei allen Investitionsvorhaben müssen die Großbetriebe, die durch die Art ihrer Tätigkeit Umweltschäden verursachen können, durch Gesetz verpflichtet werden, ausreichende Maßnahmen einzuplanen und im Rahmen der Investitionen entsprechende Mittel einzusetzen.

Gemeinsam handeln

Wir Kommunisten sagen mit aller Deutlichkeit: Der Schutz der Umwelt ist unmöglich, ohne die zu bekämpfen und ihren Einfluß zurückzudrängen, die die Zerstörung der Umwelt in ihre Bilanzen eingeplant haben – die Herren der Großindustrie. Auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes gilt: Wer den Konzernen nichts nimmt, kann den Werktätigen nichts geben.

Deswegen stellt die DKP die Bemühungen für den Umweltschutz ganz bewußt in den Rahmen des Kampfes um eine demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft.

Umweltschutz als Aufgabe der Allgemeinheit erfordert die breiteste demokratische Mitbestimmung der Öffentlichkeit, vor allem der Organisationen der Arbeiterklasse – ihrer Gewerkschaften. Diese Aufgabe verlangt die verantwortungsvolle Mitarbeit der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz, der Ärzte, der Studenten, Assistenten und Professoren. Sie bedarf in jedem Großbetrieb, in jeder Stadt, in jedem Ballungszentrum der Kontrolle, der Initiative und Mitentscheidung der Betroffenen. Nur so können wirksame Maßnahmen des Umweltschutzes erkämpft, können Teilerfolge errungen und gegen den Druck des Großkapitals verteidigt werden.

Die Unruhe in der Bevölkerung über Wasserverschmutzung und Luftverunreinigung, über die Zerstörung unserer Umwelt hat bereits in zahlreichen Aktionen ihren

Ausdruck gefunden. Hier in Ludwigshafen demonstrierten einige Tausend Schüler mit Sprechchören wie: „Wurster und Timm, die stinken schlimm!“ „Raschig und Timm machen Gewinn – Müller und Krause ersticken zu Hause!“ „Profit OK, Gesundheit KO!“

In München und Frankfurt bildeten sich Bürgerkomitees zum Schutz der Umwelt. Als Industrieabwässer über eine Rohrleitung in die Emismündung gepumpt werden sollten, unterschrieben in drei Kirchen auf der Insel Borkum Hunderte Bürger eine Protestliste. In Hamburg sammelten Demonstranten, mit Gasmasken und Transparenten ausgerüstet, Unterschriften gegen die Lostgas-Produktion in der Eidelstedter Fabrik Dr. Hugo Stoltzenberg. In Kelsterbach wurde eine satirische Protestaktion durchgeführt. Es wurden Blechbüchsen mit den roten Aufklebern: „Luft aus Kelsterbach. Ausgesuchte Ingredienzen von Glanzstoff-Caltex-Hoechst machen Kelsterbacher Luft in der Welt bekannt“, verteilt.

In Frankfurt forderten Hunderte von Schülern in einer Demonstration: „Mehr Umweltschutz statt Profit!“ Und sie erklärten: „Unsere Gesundheit ist wichtiger als der Gewinn der Großindustrie!“ Jugendgruppen planen öffentliche Tribunale, die die Umweltzerstörer und die gesellschaftliche Situation, die ihnen ihr Wirken ermöglicht oder erleichtert, anprangern sollen.

Wir Kommunisten begrüßen diese und ähnliche Aktivitäten und Initiativen. Wir arbeiten in ihnen mit.

Die Erfahrungen vieler Jahre beweisen, daß sich keine Forderung im Selbstlauf verwirklicht. Die werktätige Bevölkerung hat von oben nichts zu erwarten. Alles wird sie sich erkämpfen müssen. Von der Aktivität aller demokratischen Kräfte, von ihrem gemeinsamen Handeln hängt der Erfolg ab. Wir Kommunisten sind zur Zusammenarbeit bereit, auch wenn in der konkreten Aktion nur begrenzte Ziele gestellt werden, auch wenn in Fragen, die das Gesamtproblem des Umweltschutzes betreffen oder die über den Umweltschutz hinausgehen, unterschiedliche Auffassungen bestehen. Wir sind überzeugt davon, daß im Verlauf der Zusammenarbeit viele Mißverständnisse abgebaut, manche Meinungsverschiedenheiten überwunden werden.

Quellenangaben:

- 1) „Spiegel“, 5.10.70
- 2) „bonner korrespondenz“, 8.10.70
- 3) „Deutsche Volkszeitung“, 25.11.70
- 4) 32. Fragestunde des Bundestages am 20.2.70
- 5) Stuttgarter Zeitung, 14.1.71
- 6) „Spiegel“, 5.10.70
- 7) Pressedienst der IG Chemie, 25.10.70
- 8) Information der Jungsozialisten, September 70
- 9) „die tat“, 9.1.71
- 10) Jungsozialisten-Magazin Nr. 10/1970

**Es genügt nicht, die
Dinge zu beschreiben —
es kommt darauf an,
sie zu verändern!**



Die Zeitung der Arbeiter
gegen die Millionäre. Sie
schärft den Blick. Sie zeigt,
was hinter den Fabriktoen
los ist. Sie ist gegen das
Großkapital. Für den de-
mokratischen Fortschritt.

Gutschein

Gegen Einsendung dieses Gut-
scheins erhalten Sie die Soziali-
stische Wochenzeitung „UZ“
(unserer zeit) 4 Wochen kosten-
los. Die „UZ“ kostet im Abon-
nement vierteljährlich DM 6,50.

Name

Vorname

Wohnort

Straße

Senden an:
Dr. Wenzel-Verlag GmbH
41 Duisburg-Boeck
Pothmannstraße 12

Anschriften

**Deutsche Kommunistische Partei,
Parteivorstand
4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 79**

**Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden
6800 Mannheim
U 2/3**

**Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Nieder-
sachsen-Nordwest
2800 Bremen 1
Schillerstraße 12 a**

**Deutsche Kommunistische Partei
Landesvorstand Hamburg
2000 Hamburg 36
Kaiser-Wilhelm-Straße 89**

**Deutsche Kommunistische Partei
Landesvorstand Hessen
6000 Frankfurt/Main
Cronstettenstraße 18**

**Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
3000 Hannover
Uhlemeyerstraße 2**

**Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
8500 Nürnberg
Fürther Straße 92**

**Deutsche Kommunistische Partei
Landesvorstand Rheinland-Pfalz
6500 Mainz
Kaiserstraße 67**

**Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
4000 Düsseldorf
Münsterstraße 161**

**Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
4300 Essen
Hoffnungstraße 18**

**Deutsche Kommunistische Partei
Landesvorstand Saar
6600 Saarbrücken
Bleichstraße 18**

**Deutsche Kommunistische Partei
Landesvorstand Schleswig-Holstein
2300 Kiel
Hamburger Chaussee 3**

**Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
8000 München
Reisingerstraße 5**

**Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Württemberg
7000 Stuttgart 1
Heinrich-Baumann-Straße 27**

**Wünschen
Sie
weitere
Informationen
über die
Deutsche
Kommunistische
Partei?**

Wenn ja, dann schreiben
Sie uns doch bitte.

Wir senden Ihnen gerne
unser Aktionsprogramm,
Jugendprogramm,
Bauernprogramm,
unsere Vorschläge
für Hochschule
und Bildung.

Wir wollen Sie auch
gerne informieren über
unsere Vorstellungen
zum Thema:
Mieten, Mitbestimmung,
Verkehr, Steuern, Fragen
der Kultur und
Kulturpolitik.

Name

Vorname

Wohnort

Straße und Hausnummer

**Senden an:
Parteivorstand
der Deutschen Kommunistischen Partei
4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 79**

Herausgeber: Parteivorstand der DKP,
Referat Bundes-, Landes-, Kommunalpolitik;
Verantwortlich: Jupp Mallmann, Düsseldorf;
Druck: Hosch GmbH, Ffm.



Alles für den, der arbeitet.

DKP

kontra Großkapital